

Herforder Zeitung

Bezugspreis
halbjährlich 1. — Mk.
Die Zeitung erscheint täglich,
außer Sonn- u. Feiertag,
mittags.

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Gefäßstraße: Herford,
Neuhaus 29/31



und Land

Verleger Nr. 83
Postfach Nr. 5296
Schöndamm

Anzeigenpreis:
Preis für die 1 spaltige Milli-
meterzeile od. deren Raum für
Stadt und Landkreis Herford
10 Goldpfennig;
Reklamen
50 Goldpfennig.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amthlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 25

Herford, Mittwoch, den 30. Januar 1924

42. Jahrgang

Gäste in Berlin.

Der erste der beiden von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenausschüsse ist gestern in Berlin angekommen, und der zweite wird heute abend folgen. Der Aufenthalt der Sachverständigen in Berlin ist nach englischen Meldungen auf etwa vier Wochen berechnet. Das zeigt, daß die Ausschüsse beschäftigt, die ihnen gestellten Fragen gründlich und bis in alle Einzelheiten durchzuarbeiten. Es ist ja nicht das erste Mal, daß internationale Sachverständige von den Alliierten eingesetzt werden, um für die Lösung der Reparationsfrage eine auf den wirtschaftlichen und finanziellen Tatsachen aufgebaute Grundlage zu geben. Politische Erwägungen sind es immer wieder gewesen, die dazu führten, daß die Gutachten der Sachverständigen unbeachtet geblieben sind und infolgedessen keine praktisch durchführbare Lösung der Reparationsfrage gefunden worden ist. Wie sich diesmal das Schicksal der von den Sachverständigen ausgearbeiteten Gutachten gestalten wird, ob auch jetzt wieder nur Makulatur geschaffen wird, die dazu verurteilt ist, in den staatlichen Archiven zu vermodern, oder ob wirklich die Lösung gefunden wird, nach der sich die Völker der ganzen Welt sehnen, ist heute noch nicht abzusehen. So viel ist jedenfalls sicher, daß der von den Sachverständigen zu entwerfende Plan eine äußerst wichtige Rolle in dem Programm des neuen englischen Ministerpräsidenten Ramsay MacDonald spielen wird. Der neue Leiter der Geschäfte Englands hat die Absicht, das Reparationsproblem von allen Seiten anzupacken und eine große internationale Aussprache zu eröffnen, bei der gleichzeitig die eng damit zusammenhängenden Fragen der Schulden der Alliierten untereinander und der Sicherheit der Grenzen gelöst werden sollen. Der englische Delegierte Mr. Kenna hat in diesen Tagen einen kurzen Abstecher nach London gemacht und dabei dem englischen Premierminister seine Ideen dargelegt. Bei einer privaten Veranstaltung hat sich Mr. Kenna sehr optimistisch über die Aussichten für die Arbeit der Sachverständigenausschüsse ausgesprochen. Er hat erklärt, daß die Berichte der Sachverständigen einen Wechsel in der geistigen Einstellung gegenüber den Reparationsfragen herbeiführen würden, und man nimmt in London an, daß auch Frankreich seine Zustimmung zu dem Plan der Sachverständigen geben wird.

Ob diese Hoffnungen auf die Zustimmung Frankreichs erfüllt werden, ist allerdings noch sehr zweifelhaft. Eine solche Haltung Frankreichs würde jedenfalls einen vollständigen Umsturz in seiner bisherigen Politik darstellen. Man sollte zwar eigentlich annehmen, daß der Sturz des Franken die maßgebenden Kreise in Paris über die Wirkungen der bisherigen Poincaré'schen Politik belehrt hätte. Und seit der verständigungsreichen Neujahransprache des Präsidenten Millerand hat man ja gelegentlich Töne aus Paris herüberklingen hören, die ein schwaches Aufdämmern der Erkenntnis von den wahren Notwendigkeiten Frankreichs und Europas bemerkbar lassen. Auch von belgischer Seite bemüht man sich ansehnlich, Poincaré zur Mäßigung zu raten, da Belgien nichts so sehr fürchtet, als einen Konflikt zwischen Frankreich und England. Das sind einige erfreuliche Anzeichen, aber man muß leider feststellen, daß diese vereinzelten Schwalben noch nicht den Sommer des wahren Friedens ankündigen.

Pfälzer Leidenszeit.

Das Diebesgeland.

Nach einer Meldung des Volksanzeigers aus Karlsruhe unternehmen pfälzliche Separatisten einen Streifzug auf badisches Gebiet und überfielen das eine Stunde von Karlsruhe entfernte Hofsatz Mager am Rhein. Sie raubten mit vorgehaltenem Revolver die Gutsgeher. Da der Gutsbesitzer von den Franzosen einige Wochen vorher entlassen worden war, hatten die Räuber leichtes Spiel.

Unsere bedauernswerten deutschen Brüder.

Mit. Speyer 29. Jan. Am 13. Januar hatten sich einige junge Leute in einer Familie zu einer Abendunterhaltung zusammengefunden. Dabei soll auch das Deutschlandlied gesungen worden sein. Um 8 Uhr abends erschien die französische Polizei und stellte die Personalien der jungen Leute fest. Eine halbe Stunde später erschienen bewaffnete Separatisten und schleppten die jungen Leute mit dem Gastgeber, seiner Frau und ihrem siebenjährigen Kinde in das Amtsgerichtsgefängnis. Schon unterwegs wurden die Verhafteten, darunter ein Schwerverletzter, mit Gummiknüppeln schwer mißhandelt. Der Postbeamte Hermann Grieser wurde blutig geschlagen und bewusstlos in das Gefängnis eingeliefert. Trotzdem wurde er in dem Gefängnis derartig mißhandelt, daß das Blut vom Kopfe bis zur Decke der Zelle spritzte. Grieser ist an den Folgen der Mißhandlung (Zertrümmerung der Schädeldecke) am 27. Januar gestorben.

Die Völkervereinigung soll entscheiden.

Mit. Paris 29. Jan. Habas berichtet offiziell, in diplomatischen Kreisen werde darauf hingewiesen, daß von einem Schiedspruch in der pfälzischen Frage nicht die Rede sein könne. Es bestehe keineswegs ein Gegensatz zwischen dem französischen und englischen Standpunkt. Was die Anerkennung der separatistischen Regierung anlangt, sei man in Paris und London der Ansicht, daß die Rheinlandskommission über die Anerkennung nicht zu entscheiden habe. Es handle sich in Wirklichkeit darum, ob die Rheinlandskommission die separatistischen Verordnungen bestätigen könne, ohne ihre Kompetenz zu überschreiten. Die französische Regierung habe gefunden, daß zweckmäßigerweise darüber die Völkervereinigung zu entscheiden sei.

Das Neueste vom Tage

Zur Teilnahme an dem Prozeß gegen die Hochverräter Hitler und Genossen haben sich bereits über 50 Pressevertreter gemeldet.

Es steht fest, daß die von der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner veranstaltete Abstimmung über einen Streik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit im vorliegenden Sinne ausfallen wird. Es haben sich kaum die Hälfte aller Mitglieder an der Abstimmung beteiligt.

Die Unfähigkeit und Schlämperei der französischen Regierung hat dahin geführt, daß erneut auf einer Reihe von Zeichen Feindschaften wegen Waggomangel eingelegt werden mußten.

An dem Streik der Metallarbeiter im Wuppertale beteiligten sich seit gestern auch die Arbeiter und Angestellten der städtischen Bahnen. Auf den Wasser- und Lichtwerken werden nur die Notstandsarbeiten verrichtet, Müllabfuhr dagegen unterbleibt.

Eine von der Stadt Wien Anfang Dezember durchgeführte Sammlung für die Deutschlandhilfe hat einen Betrag von rund zwei Milliarden Kronen ergeben.

In unterrichteten Kreisen spricht man ganz offen davon, daß Poincaré und Jappard sich über die Lage, welche durch Bildung des Kabinetts MacDonald geschaffen wurde, unterhalten haben und zwar in dem Sinne, daß es durchaus nötig sei, jede Spannung mit England zu verhindern.

Der englische Eisenbahnstreik ist durch eine Verständigung zwischen den Gesellschaften und Angestellten beigelegt.

In Kopenhagen ist unter zahlreicher Beteiligung eine Goethe-Ausstellung in Gegenwart des deutschen Gesandten eröffnet worden.

Unter dem Protektorat von Frau v. Mutius, der Frau des deutschen Gesandten, fand in Kopenhagen ein Wohltätigkeitsfest statt, für welches zahlreiche dänische Firmen und Privatpersonen eine Fülle von Gaben gespendet hatten. Unter den Mitwirkenden befanden sich dänische Prinzen und Prinzessinnen.

Aus Bombay (Indien) wird ein allgemeiner Streik der Mühlenarbeiter gemeldet, an dem 60 000 Arbeiter beteiligt sein sollen.

Nachgezogen wurde, um zu bestimmen, wie weit die Zuständigkeit der Rheinlandskommission hinsichtlich der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der Truppen usw. gehe. Die französische Regierung habe dementsprechend der Londoner Regierung vorgelegt, daß die Frage der Vollmacht der Rheinlandskommission im gegenseitigen Einvernehmen der Völkervereinigung unterbreitet werde, die die Kommission ermächtigen könne, in eigener Verantwortung diejenigen von den separatistischen Verordnungen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit berühren, sowie die die Arbeitslosenunterstützung betreffenden zu veröffentlichen.

Banalistische Pläne.

München 29. Jan. Die schon seit einiger Zeit umlaufenden Gerüchte über die geplante Errichtung einer Militärdiktatur in der Pfalz durch die Franzosen scheinen sich lt. Hann. Kurier bestätigen zu sollen. In Bad Dürkheim äußerte sich der Sohn des Generals de Weiz über die Zukunft der Pfalz wie folgt: „Mein Vater wird die autonome Pfalz schaffen. Er wird nicht den Pfälzern aufgeben und sollte auch die ganze Pfalz in Flammen und Rauch aufgehen.“

Der Sonderkorrespondent der „Times“ in Heidelberg berichtet, daß die Pfälzer Separatisten, um die Wirkung des Berichtes des Generalkonsuls Elbe abzuwehren, die Personen, die ungünstige Aussagen gemacht haben, zwingen, ihre Aussagen zurückzunehmen. Im Weinereinsalle drohen sie mit der Austreibung aus der Pfalz. Die erzielten Zurücknahmen werden dann an die Rheinlandskommission gesandt. Die Separatisten würden von den Elbe begleitenden französischen Beauftragten über den Verlauf der einzelnen Besprechungen genau unterrichtet.

Sparmaßnahmen der Eisenbahn.

Im Sparausfluß des Reichstags machte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums ausführliche Angaben über den Personalabbau bei der Reichsbahn. Danach werden bis 31. Januar d. J. voraussichtlich 14 Prozent der Beamten und Angestellten ausgeschieden sein. Zum gleichen Termin werden rund 17 Prozent der Eisenbahnarbeiter entlassen werden. Bezüglich der Eisenbahnwerkstätten kam zur Sprache, daß 16 Werkstätten im besetzten Gebiet liegen. Drei

Werkstätten, die in Limburg, Offenburg und Dortmund befindlichen, wurden allerdings der Reichsverkehrsverwaltung zurückgegeben, aber in einem so zerstörten und verwahrlosten Zustande, daß sie erst im nächsten Haushaltsjahr in Vollbetrieb genommen werden können. In diesen Werkstätten war der größte Teil der Treibriemen gestohlen, die Fenster waren eingeschlagen, und eine große Zahl wertvoller Werkzeugmaschinen sind spurlos verschwunden.

Zur Frage der Rücküberführung von Eisenbahnbeamten ins Arbeiterverhältnis wurde von Seiten der Regierung festgestellt, daß dies sowohl im Interesse des Betriebes als auch zum Besten der abzubauenen Beamten geschieht. Der vorhandene Überfluß an Beamten macht auch den Abbau solcher Kräfte notwendig, die die Verwaltung gern in einem anderen Vertragsverhältnis weiter beschäftigen würde. Die Personalabbauverordnung erlaubt aber die Wiederbeschäftigung von abgebauten Beamten, die Wartegeld oder Abfindungssummen erhalten haben. Verzichteten jedoch diese Beamten freiwillig auf Wartegeld oder Abfindungssummen, so können sie im Arbeitsverhältnis sofort wieder beschäftigt werden. Es ist dabei vorgesehen, daß natürlich solche Arbeiter nicht mehr vom Abbau betroffen werden.

Das „Dymuide“-Beileid.

Eine Antwort der Reichsregierung.

Wie W. T. B. mitteilt, hat die Reichsregierung die Anfrage Nr. 2062 der deutschen nationalen Fraktion des Reichstages wie folgt beantwortet:

„Durch die innerpolitische Erörterung der deutschen Beileidserklärung anlässlich des Unterganges der Besatzung der „Dymuide“ hat dieser Akt einfacher diplomatischer Höflichkeit eine Bedeutung erlangt, die ihm keineswegs zukommt. In Frankreich wurden der Unterang des Luftschiffes und seine Begleitumstände als eine außerordentliche Katastrophe empfunden. Dies veranlaßte eine internationale Beileidskundgebung von ungewöhnlichem Umfang, an der sich viele Staatsoberhäupter sogar unmittelbar beteiligten. Mit einem abweichenden Verhalten hätte die deutsche Volksgemeinschaft den Anschein erweckt, als ob sie eine unfreundliche politische Kundgebung bezwecke. Unter diesen Umständen hielt es das Auswärtige Amt für angezeigt, deutschseits die rein menschlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen und den Geschäftsträger in Paris anzuweisen, die Teilnahme der deutschen Regierung zu dem Verlust an Menschenleben beim Untergang der „Dymuide“ auszusprechen. Diese Erklärung erfolgte in der im zwischenstaatlichen Verkehr üblichen Form unter voller Wahrung deutscher Würde.“

Soziale Zeitfragen.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Mit. Hagen, 28. Jan. Im Vereinshaufe sprach vor einer von mehr als 800 Personen besuchten Konferenz der führenden Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes Reichswirtschaftsminister Dr. Brauns über Wirtschaftskrise und Sozialpolitik. Zunächst zeichnete der Redner in großen Strichen die Lage unserer Wirtschaft und die unvertrennlichen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik. Auch durch eine allgemeine Wirtschaftskrise dürfe das Prinzip der Sozialpolitik und ihre grundsätzliche Notwendigkeit nicht angetastet werden. In der Frage der sozialen Versicherung sei die Beitragspflicht angebracht und eine Vereinfachung der Organisation und eine Befreiung der Leistungen auf das notwendige Maß erfolgt mit dem Erfolg, daß das

Versicherungsweesen

als gerettet betrachtet werden könne. Weniger befriedigend sei die gegenwärtige Lage und die Aussicht für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Beschäftigung und der Erwerbslosenfürsorge. Nachdem die Einführung der Erwerbslosenversicherung an dem Widerstand vieler Beteiligten gescheitert war, ist durch die Verordnung vom 15. Oktober 1923 Ersatz geschaffen worden. An dem Grundfah der

Pflichtarbeit

muß festgehalten werden, schon um Notstandsarbeiten vornehmen zu können. Sobald die Verhältnisse es erlauben, sollen die Unterstufungsstufe heraufgehoben werden, aber nicht um den Preis einer neuen Inflationsperiode. Einer solchen ist die gegenwärtige Kaufkraft unter allen Umständen vorzuziehen. Der Minister versprach nach Kräften, auf die Steigerung des Realeinkommens, durch weitere Senkung der Preise hinzuwirken. Nachdem die Wirtschaft wieder größere Bewegungsfreiheit erhalten habe, müsse sie wieder zu den früheren Grundsätzen zurückkehren: Scharfe Kalku-

Ausnahmezustand und Schutzpolizei.

Erörterungen im preussischen Landtag

Severing verteidigt die Schupo.

Der preussische Landtag beschäftigte sich gestern mit dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes, der von dem Abg. Dr. Meyer (Komm.) begründet wurde, der in seiner Rede heftig die Schutzpolizei und den Berliner Polizeipräsidenten angriff. Auch der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Hoffmann, der für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes eintrat, kritisierte sehr scharf die Schutzpolizei.

Innenminister Severing

nahm zu diesen Angriffen Stellung und erläuterte die Ansicht der preussischen Regierung zu der Frage des Ausnahmezustandes. Der Minister wies darauf hin, daß schon vor einigen Monaten in einer Konferenz der Ministerpräsidenten der preussische Ministerpräsident sich mit den Vertretern der übrigen Einzelstaaten dahin verständigt hat, bei der Reichsregierung die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes zu befürworten. Diese Stellungnahme werde von der Staatsregierung auch heute noch als richtig anerkannt. Der Minister wandte sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Hoffmann-Münster, der im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion heftige Angriffe gegen die Schutzpolizei gerichtet habe. Wenn die Auffassung des Abg. Hoffmann richtig wäre, dann könnte die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes überhaupt nicht erfolgen. Selbstverständlich sind wir in absehbarer Zeit nicht in der Lage, die Stärke der Schutzpolizei so zu bestimmen, wie wir das wünschen. Wir sind darin abhängig von den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Der Ausnahmezustand darf nicht zur Regel werden; er verliert sonst an Achtung. Es wäre überflüssig, noch ein besonderes Lob für die Schutzpolizei auszusprechen. Was die Schutzpolizei in den letzten Jahren geleistet hat, spricht für sich selbst. Nach der Auffassung des Herrn Hoffmann wäre bei Rechtsorganisationen erst besonders zu erwägen, ob und wie zugegriffen werden sollte. Bei Linksorganisationen dagegen müsse man streng zusehen. Damit würde ich die Schutzpolizei zu einem einseitigen parteipolitischen Instrument machen.

Als in den ersten Novembertagen die Gerüchte über die Aufstellung bayerischer Freikorps an der thüringischen Grenze bekannt wurden, haben sich demokratische und gewerkschaftliche Organisationen der Regierung zur Verfügung gestellt. Ich habe diese Hilfe abgelehnt und dabei die Zustimmung aller militärischen Kreise gehabt. Dagegen habe ich angeordnet, daß die Rüden in der Schutzpolizei restlos ausgefüllt wurden. Selbstverständlich müssen wir in der Schutzpolizei auch alte Armeeeinheiten haben. Solange es in Deutschland noch Verschwörer gibt, so lange liegt es im Interesse Preussens, daß wir uns eine starke, organisierte Schutzpolizei erhalten. Bei wirtschaftlichen Streitigkeiten ist die Schutzpolizei verpflichtet, sich ganz neutral zu verhalten. Bei Ausschreitungen muß sie natürlich eingreifen. Auch von Militärbefehlshabern, die ihren Sitz nicht in Preußen haben, ist die Inanspruchnahme der preussischen Schutzpolizei schon erwogen worden. Das ist der beste Beweis dafür, daß wir die Aufrechterhaltung der Ordnung unserem eigenen staatlichen Organ, der Schutzpolizei, überlassen können. (Beifall links.)

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes begründete Abg. Dr. Meyer (Ostpreußen): Der Belagerungszustand sei mit einer falschen Begründung verhängt worden. In Wirklichkeit sollte er die kommunistische Bewegung unterdrücken. Der Belagerungszustand werde von Offizieren benutzt, um die gesamte Arbeiterbewegung zu knebeln. Der schlimmste Mißbrauch werde von Justizbehörden mit dem Ausnahmezustand getrieben. Während in rücksichtsloser Weise alle kommunistische Literatur beschlagnahmt werde, Dostojewski, Gorki, Marx und Engels wurden dazu gerechnet (Heiterkeit), könne die deutschvölkische Hetz- und Schundliteratur ungehindert erscheinen. Die Schutzhaft führe zu den tollsten Mißbräuchen. Ein Arzt sei acht Wochen in Schutzhaft gesteckt worden, weil er ärztlicher Berater des Arbeiter-Samariterbundes war. Im Wehrkreiskommando 4 sei ein Schutzhaftbefehl so formuliert worden: „Der Jude R. R. ist in Schutzhaft zu nehmen.“

Abg. Dr. Hoffmann-Münster (Dnat. Vp.): Wenn in den kommunistischen Buchhandlungen auch parteipolitische russische Belletristik beschlagnahmt worden ist, so schadet es gar nichts, wenn unser Volk vor diesem süßen Gift bewahrt wird, wir haben gute deutsche Literatur genug (Lärm bei den Kommunisten. Rufe: „Da ist ein Jugenderzieher, ein bornierter deutscher Professor!“ — Ordnungsrufe des Vizepräsidenten Dr. Porzich).

Als erster Redner der Koalitionsparteien sprach der demokratische Abgeordnete Dr. Preuß und betonte, daß im Gegensatz zu den Deutschnationalen die Demokraten zur unangenehmen Enttäuschung der Kommunisten für ihren Antrag stimmen würden. Ein militärischer Ausnahmezustand entspreche nicht dem Geiste der Weimarer Verfassung. Diese Verfassung habe manche Schwächen (Sehr wahr! rechts), die aber nicht in der von der bayerischen Diktatur gezeichneten Linie liegen. Die Handhabung der politischen Polizei müsse in der Reichsgewalt zentralisiert sein. Dieser Mangel rechtfertige es aber nicht, daß nun der Reichswehr die vollziehende Gewalt übertragen wird. Auch unter dem Ausnahmezustand könne die Reichswehr nur als Organ der Reichsgewalt wirken, aber nie die politische Verantwortung übertragen bekommen. Dieser Grundsatz müsse vor allem in dem Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung niedergelegt werden. Dieses Ausführungsgesetz muß nach alledem, was wir erlebt haben, endlich in Angriff genommen werden.

Abg. Rüttner (Soz.): Meine Freunde stimmen dem kommunistischen Antrag zu. Der Ausnahmezustand ist nicht zur Erfüllung seines ursprünglichen Zweckes angewandt worden. Unter dem Deckmantel des Ausnahmezustandes wird vom Reich in einer ganz unerträglichen Weise in die Rechte der Einzelstaaten eingegriffen. Wir haben das in Sachsen und Thüringen gesehen. Wir sehen, wie das bürgerliche Rechtskabinett die wohlverwobenen Rechte der Beamten aufgehoben, wie der rechtsstehende Justizminister Dr. Emminger mit einem Federstrich alle verfassungsmäßigen Grundlagen unserer Justiz vernichtet hat.

Der kommunistische Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, bei den Reichsbehörden die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu bewirken, wurde angenommen.

Das Haus vertagte sich auf heute 12 Uhr: Grundsteuer.

lation, großer Umsatz, kleiner Nutzen. Das sei auch das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitsnot.

Die Aufgabe der

Wohlfahrtspflege

sei gewaltig vergrößert. Das Reichsarbeitsministerium habe sich bestrebt, auf diesem Gebiete die Selbsthilfe zu ermuntern und zu fördern. Zur Arbeitszeit betonte der Redner, daß sowohl die Gewerkschaften wie auch die politischen Parteien durch die Zustimmung zu der Note vom 14. November 1922 grundsätzlich der Steigerung der Arbeitsleistung auch auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung zugestimmt hätten. Der Höhepunkt der Krise habe einen entscheidenden

Schritt unvermeidlich gemacht. Um nach dem inzwischen erfolgten Ablauf der Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit überhaupt wieder einen gesetzmäßigen Boden zu bekommen, wurde die Verordnung vom 21. Dezember 1923 erlassen. Diese Verordnung entsprach gewiß nicht dem sozialpolitischen Ideal, sie war aber auch nur als Notverordnung gedacht. Gewisse Arbeitgeberkreise bekämpfen sie, weil sie die Arbeitszeit überhaupt der staatlichen Regelung entziehen wollen. Ein Teil der Arbeiter bekämpft die Verordnung aus doktrinären Gründen und andere, weil sie tatsächlich politisch reaktionär sei. Man wird der Verordnung nur gerecht, wenn man bedenkt, daß das Hauptgewicht der

Der letzte Rausch des kleinen Emil Scheuermann.

88 Roman von S. Fischer-Cwojdzinska. Nachdruckrecht bei August Scherl G. m. b. H. Berlin

„Ich fühle er, von dem Baron Hühnefeld wurde er niemals wieder frei. Alles, was er bei Weishuhns beobachtet hatte, alles, was der Umgang mit den Männern von der Art Hühnefeld ihm gegeben hatte, war nie, nie wieder abzuschütteln.“

„Gehe ich morgen nicht zu der Gräfin, dachte er, tue ich es übermorgen. Wenn nicht, dann an einem anderen Tag. Einmal tue ich es bestimmt. Ich werde mich nicht überwinden können.“

„Ich werde lächeln und reden, ich werde in alter Weise fortführen, denn der Emil Scheuermann ist schon zu sehr abgestorben, um sich wieder stark und neu erheben zu können. Was täte die Gräfin auch mit ihm? Oskar Hühnefeld darf bei ihr sitzen, sie ansehen und ihre Hände küssen, der kleine, spießige Scheuermann niemals.“

Er wimmerte wie ein hysterisches Weib.

„Mein Herz, mein Herz“, flüsterte er und starrte fassungslos in den geisternden Mondenschein, der breit auf die Straße fiel. Ging da nicht Emil Scheuermann spazieren? Folgte ihm nicht ein Schatten, der schwarze, verlorene Schatten Hühnefelds?“

Zweifelloos waren seine Nerven angegriffen. Er wurde in kurzer Zeit unverkennbar der Typ des nervösen Menschen.

Als er endlich wieder bei Weishuhns auftauchte, erschrafen diese über sein bleiches, angestrengtes Aussehen.

„Wir dachten, daß Sie krank seien“, sagte Litta kummervoll. „Gern hätten wir Sie besucht, doch wußten wir nicht, ob Sie es angenehm empfinden würden.“

„Ich hätte es nicht gern gesehen, Sie kennen meine Vermögenslage, ich wohne mehr als beschränkt.“

Litta sah ihn lange und sehr ernst an. Er senkte vor diesem Blick die Augen.

„Was tut das unter Freunden?“ fragte sie ruhig.

Er murmelte eine banale Antwort. Litta kannte ihn kaum wieder. Wie hatten sie sonst zusammen geschert und gelacht. Voran mochte Hühnefeld framen? Es mochte unglückliche Liebe sein. — Litta hatte über diese Bezeichnung einer seelischen Beschaffenheit sonst das Lachen des modernen, aufgeklärten Mädchens gehabt. Heute nicht. Sie wußte, Liebe konnte sehr unglücklich machen, wenn sie nicht volle Erwidderung fand.

Emil erkundigte sich vorsichtig nach den Hühnefelds.

„Ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Graf schon im Juni nach Spanien gehen wird. Wird er den Haushalt hier auflösen oder fortführen?“

„Natürlich fortführen. Er kehrt doch immer zurück. Uebrigens bleibt seine Frau in den Räumen in der Hindersinstraße.“

„Wird sie ihn nicht begleiten?“

Litta wandte kein Auge von dem plötzlich blutrot gewordenen Gesicht des jungen Mannes.

„Ich glaube, das wird Ihnen bekannt sein“, sagte sie mit erzwungener Kälte.

„Nein. Ich weiß wohl oberflächlich, wie die Dinge sich im Hühnefeldschen Hause verhalten. Das Verhältnis der beiden Gatten kann mir in allen Einzelheiten nicht bekannt sein.“

Regelung der Arbeitszeit den organisierten Arbeitsparteien im Tarifvertrag überlassen bleibt. Die Friedenslöhne konnten zurzeit noch nicht erreicht werden, eine Verringerung aber ist zu erwarten, sobald das Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt. Die Aufgaben des Schlichtungswesens sieht der Redner darin, Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr und mehr zu wahrer Arbeitsgemeinschaft und verständnisvoller Zusammenarbeit zu bringen. In der Wohnungsfrage und der Frage des Pachtzinses vertritt Redner die Notwendigkeit der Beibehaltung eines gewissen sozialen

Schutzes der Mieter und Pächter,

aber auch die Notwendigkeit der schrittweisen Angleichung des Miet- und Pachtzinses an den Friedenszins.

Zum Schluß sprach der Minister die Hoffnung aus, daß der Tiefpunkt unserer wirtschaftlichen Not überwunden sei, wenn es zu einer Entwirrung der außenpolitischen Probleme käme. Im Interesse aller Volksschreie und Stände sei es, daß die nun beginnenden Unterredungen und Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

Herford und Minden-Ravensberg

Weise Freunde bleiben
Stets das beste Buch des Lebens,
Weil sie durch Belehrung würzen
Ihres Umgangs Lieblichkeit.

Calderon de la Barca.

30 Januar.

Turngemeinde

Am Sonnabend hielt die Turngemeinde in ihrem Vereinsheim, „Haus der Väter“, ihre Jahreshauptversammlung ab, die außerordentlich besucht war und schon äußerlich Zeugnis ablegte für das rege Interesse der Mitglieder und den vorbildlichen Gemeinschaftsgeist, der in dieser Vereinigung lebt.

Der erste Vorsitzende gab nach der Begrüßung einen Ueberblick über die Arbeitsleistung im verflossenen Jahre und erwähnte dabei besonders das glänzend verlaufene Deutsche Turnfest in München, das einen neuen Beweis der Stärke und Einigkeit der Deutschen Turnerschaft erbrachte und trotz des Ruheinbruchs und vieler anderer Schwierigkeiten stattfinden konnte. Der Kampf zwischen Turnen und Sport hat nunmehr eine reinliche Scheidung gebracht. Im vergangenen Jahr wurden zur Förderung der Zusammenarbeit aller dem deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen angeschlossenen Vereine in Herford eine Ortsgruppe des Reichsausschusses gegründet, weiterhin ein Stadtkomitee für Jugendpflege. Durch beherrschende Vorträge über erste Hilfe bei Unfällen und Anatomie wurde der Ausbildung der Turner und Turnerinnen auch auf diesem Gebiet Rechnung getragen. Zu Ehrenmitgliedern des Vereins wurden im vergangenen Jahre die Turnbrüder Hans Lange und Fritz Heidemann ernannt.

Aus dem Turnbericht des ersten Turnwartes geht eine erfreuliche Zunahme des Durchschnittsbuchbesuches hervor. Bei den stattgefundenen Turnfesten war die Turngemeinde zahlreich und erfolgreich durch ihre Mitglieder vertreten. Der Spielbetrieb im vergangenen Jahr litt stark unter der Ungunst der Witterung, doch wurde, soweit Spiele möglich waren, fleißig und mit gutem Erfolg geübt.

Ueber den erfreulichen Zuwachs innerhalb der Fechterabteilung berichtete der Fechterwart. Es waren im Durchschnitt 30 Fechter der Männerabteilung und 15 der Knabenabteilung vertreten. Dem Kassenwart wurde nach seinem Bericht Entlastung erteilt. Als Kassenprüfer werden die Turner Bagel und Raumann gewählt.

Die Neufestsetzung der Beiträge fand in der Weise statt, daß Mitglieder der Männerabteilung monatlich 0,50 Mark, der Frauen- und Jugendabteilung 0,30 Mark und der Jugendabteilung 0,20 Mark zu zahlen haben. Der Mitgliederbestand des Vereins hat sich

von 312 auf 384 erhöht.

Die fahungsgemäße Ergänzungswahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Zum Pressewart wird Turngenosse

„Sie sind sehr viel bei der Gräfin Hühnefeld. Sicher genießen Sie ihr Vertrauen, warum sollte sie Ihnen sonst Freundschaft einräumen. Ach, sprechen wir doch nicht über diese Häßlichkeiten.“

Sie brach plötzlich in Tränen aus und lief aus dem Zimmer. „Alia, die bis dahin stumm dabei gesessen hatte, erhob sich und folgte ihr. Nach einigen Minuten kehrte sie zurück und entschuldigte Litta.“

„Mein armes Litten. Ich bin so leid um ihr.“

„Was fehlt dem gnädigen Fräulein?“ erkundigte sich Emil, peinlich berührt, weil er es nur zu gut wußte.

„Sie sind unsere Freunde“, sagte Alia faust. „Sie wissen, wir haben Ihre gern. Wenn eine Mann soviel besucht ein junges, schönes Frau, was in Zwietschkeit lebt mit seinem Mann, so gibt das Bedenken. Litten will das Beste für Ihnen, nicht wahr?“

„Aber ich besuche die Gräfin Hühnefeld nicht häufiger als Sie“, rief Emil. „Warum sollte ich es nicht tun? Sie ist eine unglückliche, gute Frau.“

Alia senkte den Kopf.

„Sie mag sein unglücklich und gut, ich glaube an es. Aber darum ist sie nicht gefahrlos. Sie sind voll Schwärmerie, Baron, man merkt Ihnen an jedes Gefühl.“

Emil schürzte bitter die Lippen.

„Hat sich der Herr Graf über mich beklagt?“

„Nein, o nein. Lieber Hühnefeld, der Graf ist eine vollkommene Edelmann, nicht nur im Namen. Warum seien Sie voll Trost? Ich meine es nur gut, nicht wahr?“

Sie richtete freundlich die großen, sanften Augen auf ihn.

„Wenn Ihnen ist wohler anderswo, dann vergessen Sie uns. Um Litten muß ich sagen so. Sie leidet, warum soll ich verschweigen es?“

Fortsetzung folgt.

